OKTOBER 2014
Ausgabe 4

FREIE WÄHLER
LANDTAGSFRAKTION

Für Sie im Landtag

Die offizielle Zeitung der **FREIE WÄHLER** LANDTAGSFRAKTION

FREIE WÄHLER KLAUSURTAGUNG IN KAUFBEUREN

Johann Häusler MdL

Neu im Landtag: Johann Häusler
Lesen Sie auf Seite 18-19

Lesen Sie auf Seite 6-9

FREIE WÄHLER
LANDTAGSFRAKTION

VORWORT

FREIE WÄHLER – die Kämpfer für den Mittelstand

Liebe Leserinnen und Leser unserer Fraktionszeitung,

seit Jahren setzen wir uns als Kraft der bürgerlichen Mitte für den Mittelstand ein. Die meisten Arbeits- und Ausbildungsplätze in Bayern, Deutschland und der Europäischen Union werden von kleinen und mittleren Unternehmen bereitgestellt. Eine verbesserte Mittelstandspolitik war deshalb auch der Themenschwerpunkt unserer Herbstklausurtagung in Kaufbeuren vom 17. bis 19. September.
Die Rekordsteuereinnahmen der jüngsten Zeit schaffen finanzielle Spielräume zur längst überfälligen Abschaffung der leistungsfeindlichen kalten Progression. Das würde den Mittelstand ebenso entlasten wie die von uns seit langem geforderte ersatzlose Abschaffung der Erbschaftssteuer. Nachhaltiges Denken und Arbeiten in Generationen muss gefördert und nicht bestraft werden.
Die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung ist für uns ebenfalls ein wichtiges Anliegen. Ein wichtiger Schritt dahin ist eine verbesserte finanzielle Unterstützung der Meisterausbildung. Nach der erfolgreichen Abschaffung der Studiengebühren durch unser Volksbegehren fordern wir, auch die Meisterausbildung in Form von Bildungsgutscheinen und einem Meisterbonus mit insgesamt 3.000 Euro zu unterstützen.

Ebenfalls Thema auf unserer Klausur war das umstrittene Freihandelsabkommen TTIP. Wir FREIE WÄHLER haben das Thema schon kurz nach der letzten Landtagswahl 2013 als erste in Bayern auf die politische Agenda gesetzt und die Staatsregierung aufgefordert, den hierin liegenden Gefahren für Demokratie, Verbraucherschutz und Mittelstand zu begegnen. TTIP und CETA sind in der vorliegenden Form nicht akzeptabel und müssen verhindert werden. Handelsabkommen können auch in niedrigschwelligerer Form geschlossen werden, ohne die Grundkoordinaten der sozialen Marktwirtschaft einseitig zugunsten von Investmentgesellschaften zu verschieben. Den öffentlichen Druck gegen diese drohende Fehlentwicklung müssen wir weiterhin aufrecht erhalten, damit auch kleine Strukturen bei aller Freude über die weltweiten Wirtschaftskontakte eine Chance haben.

Liebe Leserinnen und Leser, arbeiten wir gemeinsam weiter für die Interessen der Bürger und einen starken Mittelstand!

Mit freundlichen Grüßen
Ihr Hubert Aiwanger
Vorsitzender der **FREIE WÄHLER** Landtagsfraktion

INHALT

2 Vorwort

3 Prof. Dr. Peter Bauer Abgeordnete im Portrait

4 Den Mittelstand stärken Kalte Progression und Erbschaftssteuer abschaffen

6 FREIE WÄHLER Herbstklausur in Kaufbeuren

10 Das Faule Ei – Seehofers Maut

12 FREIE WÄHLER sehen Standards durch umfassende Handelsabkommen gefährdet

14 Bildungsgutscheine für die Meisterausbildung

16 Unsere Agenda für eine humane bayerische Flüchtlingspolitik

18 Neu im Landtag Johann Häusler

20 Ehrenamt Prof. Dr. Michael Piazolo

22 Ehrenamt Benno Zierer

24 Für die Zukunft lernen – Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung

26 FREIE WÄHLER für Erhalt der Bayerischen Dorfwirtschaft

28 Zitate FREIE WÄHLER im Landtag

30 Passiert & Notiert

32 Was-Wann-Wo

Prof. (Univ.Lima) Dr. med. dent.
Peter Bauer, MdL

Frankensprecher, pflegepolitischer Sprecher, kulturpolitischer Sprecher der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion

geb. am 10.03.1949 in Schönwald/ Oberfranken

wohnhaft in Sachsen b. Ansbach

röm.-kath., verheiratet,

1 Sohn, Zahnmediziner, Naturwissenschaftler

ABGEORDNETE IM PORTRAIT

PROF. DR. PETER BAUER

Wenn ich im Alleingang ein Gesetz beschließen könnte, würde ich…
… die "kalte Progression" in den Steuergesetzen und den „Solidaritätszuschlag" sofort abschaffen. Der Mittelstand ist das Rückgrat unserer Gesellschaft und unserer Wirtschaft. Durch diese unsoziale Gesetzgebung wird er unangemessen hoch belastet. Der Mittelstand muss stattdessen gestärkt werden.

Wenn ich mir einen Arbeitsplatz oder ein Amt frei wählen könnte, würde ich …
… entweder wieder Politiker werden wollen oder Museumsdirektor. In diesem Fall würde ich als Naturwissenschaftler das Deutsche Museum oder als Kunstliebhaber die Alte Pinakothek in München bevorzugen.

Um mehr Jugendliche für Politik zu interessieren würde ich …
… ein freiwilliges politisches Jahr ermöglichen, die herkömmlichen Parteistrukturen grundlegend ändern im Sinne von mehr direkter Demokratie und eine Jugendquote für politische Ämter einführen.

Wenn ich einen Abend lang das Fernsehprogramm bestimmen könnte, würde ich …
… gar nichts senden, sondern die Zeit lieber mit Familie und Freunden verbringen – verbunden mit guten Gesprächen und leckerem Essen.

Wenn mich ein Freund nach einem Tipp für seinen Bayern-Urlaub fragt, würde ich …
… auf jeden Fall einen Urlaub in unseren wunderschönen fränkischen Regionen empfehlen, um dort die fränkische Küche und fränkische Lebensart zu genießen.

Wenn ich mal einen völlig freien Tag hätte, würde ich…
… faulenzen und einmal leben wie „Gott in Frankreich".

Wenn ich einen Traum in die Wirklichkeit umsetzen könnte, würde ich …
… gerne gesund bleiben, optimistisch und voller Tatkraft über die Lebensmitte hinaus weiterarbeiten.

Wenn ich eine Zeitmaschine hätte, würde ich …
… ein gemeinsames Treffen organisieren und einen Gesprächskreis gründen mit Albert Einstein, Isaac Newton, Galileo Galilei, Leonardo da Vinci, Else Meitner, Marie Curie, Erwin Schrödinger, Max Planck, Werner Heisenberg, Alexander v. Humboldt, Justus v. Liebig, Linus Pauling, Charles Darwin, Carl Friedrich Gauß, Thales von Milet, Johann Wolfgang von Goethe, Friedrich Schiller, Hermann Hesse, Gerhart Hauptmann, Tilman Riemenschneider, Maria S. Merian, Jan Breughel, Salvador Dali, Marc Chagall, Wolfgang Amadeus Mozart, Jeanne d'Arc, Mahatma Gandhi, Albert Schweitzer. ■

DEN MITTELSTAND STÄRKEN

KALTE PROGRESSION UND ERBSCHAFTSSTEUER ABSCHAFFEN

Jahr für Jahr zahlen Arbeitnehmer und Unternehmer mehr Steuern und bescheren dem Fiskus Rekordeinnahmen. Da wäre es an der Zeit, die fleißigen Steuerzahler mit einer Steuersenkung zu belohnen. Was passiert aber? Der Staat erhöht die Einkommensteuer.

Die Steuerbelastung steigt, das Gehalt sinkt. Ist das gerecht?

Dabei muss er noch nicht einmal ein Gesetz ändern. Der Staat passt einfach den Steuertarif nicht an die Inflation an. Steigt das Gehalt, erhöht sich auch die Steuerbelastung, und zwar wegen des progressiven Steuersatzes nicht nur in absoluten Zahlen, sondern auch prozentual. Die Gehaltserhöhung, die eigentlich die Inflation ausgleichen sollte, landet somit zum Teil beim Staat. In der Folge steigt die Steuerbelastung, das Gehalt sinkt. Der Freistaat hat seit 2008 einen Zuwachs der Einnahmen in Höhe von 25 Prozent zu verzeichnen. Dies ist nicht seinem glücklichen Händchen bei den Osteuropageschäften der Bayerischen Landesbank zu verdanken. Das ist das Resultat des Fleißes der arbeitenden Bevölkerung und des Geschicks der Unternehmer, die ihre Steuern zahlen.

Schleichende Steuererhöhung sofort stoppen!

Die FREIEN WÄHLER haben im Bayerischen Landtag mehrfach die Staatsregierung aufgefordert, sich auf Bundesebene für einen Stopp dieser schleichenden Steuererhöhung einzusetzen. Finanzminister Söder erklärt gebetsmühlenartig, dass wir eigentlich Recht haben, er aber keinerlei Spielraum für eine steuerliche Entlastung sieht. Aus seiner Sicht verständlich: Die hier beschriebene kalte Progression erhöht Jahr für Jahr die Steuereinnahmen des Staates und eröffnet ständig neue Möglichkeiten für zusätzliche Wohltaten.

Diese Politik ist aber nicht nur ungerecht, sondern auch kurzsichtig. Wahrscheinlich werden sich Arbeitnehmer irgendwann einmal überlegen, weniger zu arbeiten, Überstunden abzubauen, oder vom Vorruhestand Gebrauch zu machen, vielleicht sogar wegzuziehen, während Unternehmer überlegen, ihren Betrieb gleich ganz ins Ausland zu verlagern. Jedenfalls wird die Leistungsbereitschaft nicht gesteigert. Wahrscheinlich ist aber auch, dass die schwarz-rote Bundesregierung der Forderung der FREIEN WÄHLER nach Abbau der kalten Progression nachkommen wird. Freilich nicht sofort, sondern erst 2017. Dann stehen Bundestagswahlen an, und da macht es sich gut, wenn man sich als Wohltäter der Steuerpflichtigen feiern lassen kann.

Erbschaftssteuer abschaffen!

Die FREIEN WÄHLER setzen sich auch für eine Abschaffung der Erbschaftssteuer ein. Das klingt einerseits erstaunlich: Wer erbt, bekommt Vermögen, ohne hierfür gearbeitet zu haben. Soll daran der Staat nicht mitverdienen? Andererseits ist das vererbte Vermögen bereits mehrfach besteuert worden. Ist es Aufgabe des Staates, den zu bestrafen, der von seinem laufenden Einkommen Jahr für Jahr Geld zurücklegt, um seinen Kindern ein besseres Leben zu ermöglichen? Vom Nachbarn, der sein ganzes Einkommen mit vollen Händen ausgibt und es sich gut gehen lässt, erhält der Staat ja auch nichts, wenn dieser verstirbt. Davon abgesehen wird in nächster Zeit das Bundesverfassungsgericht mit hoher Wahrscheinlichkeit die Regelung zur Vererbung von Unternehmen kippen. Ein Urteil mit Ansage, das der Deutsche Bundestag schon bei der Verabschiedung des Gesetzes voraussehen konnte.
Kapitalgesellschaften sind von der Erbschaftssteuer nicht betroffen, während familiengeführte mittelständische Unternehmen, das Rückgrat unserer Wirtschaft, alle 20 bis 30 Jahre eine enorme Belastung stemmen müssen. Oft hört man das Argument, das Erbschaftssteuerrecht treffe doch nur die Superreichen. Immerhin habe jedes Kind einen Freibetrag von 400.000 Euro und der Ehegatte einen von 500.000 Euro. Der darüber hinaus gehende Betrag werde zunächst mit sieben Prozent und erst ein Erwerb von mehr als 26 Millionen Euro mit dem Höchststeuersatz von 30 Prozent belegt. Fällt die Erbschaft aber einer entfernten Verwandten oder einem mit dem Erblasser befreundeten oder sonst verbundenen Person zu, so liegt der Freibetrag bei gerade einmal 20.000 Euro und der Steuersatz zwischen 30 und 50 Prozent. Ob das eine ausgewogene, gerechte und handhabbare Besteuerung ist?

Außerdem werden die wirklich hohen Vermögen im Regelfall gar nicht von der Steuer erfasst. Wer rechtzeitig Vorsorge trifft und sich steuerlich entsprechend beraten lässt, wird in den meisten Fällen gar nicht zur Erbschaftssteuer herangezogen. Es gibt genügend Möglichkeiten, hier gestaltend tätig zu sein, und der Staat ist gar nicht in der Lage, dem einen wirksamen Riegel vorzuschieben. Unser Erbschaftssteuerrecht ist daher in jeglicher Hinsicht fragwürdig und gehört schlicht abgeschafft. ■

Bernhard Pohl MdL (Kaufbeuren),
stellvertretender Fraktionsvorsitzender, finanz- und haushaltspolitischer Sprecher, Sprecher in Flüchtlings- und Vertriebenenfragen, Sprecher für Angelegenheiten der Bundeswehr, Mitglied des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen, Mitglied des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen.

Kontakt:
Telefon: 089/4126-2526
E-Mail: Bernhard.Pohl@fw-landtag.de

FREIE WÄHLER HERBSTKLAUSUR IN KAUFBEUREN

WIR BEWEGEN BAYERN

Mit einer Herbstklausur hat die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion vom 17. bis 19. September in Kaufbeuren Anlauf genommen: Es gilt, auch im kommenden Parlamentsjahr dafür zu sorgen, dass Bayern eine bessere Landespolitik bekommt als das, was Staatsregierung und CSU im Angebot haben.

FREIE WÄHLER: Kraft der politischen Mitte

Themenschwerpunkt war eine verbesserte Mittelstandspolitik. Fraktionschef Hubert Aiwanger gab die Marschrichtung an: „Wir setzen uns als Kraft der bürgerlichen Mitte seit Jahren besonders für den Mittelstand ein und wollen uns darauf in Zukunft noch stärker konzentrieren.“ Die meisten Arbeits- und Ausbildungsplätze in Bayern würden von kleinen und mittleren Unternehmen bereitgestellt. „Diese setzen in ihrer Unternehmensphilosophie und Personalpolitik auf Nachhaltigkeit statt auf schnelle Gewinnmaximierung und haben sich gerade deshalb in der Krise als Hort der Stabilität erwiesen.“ Trotzdem würden ihnen enorme Hindernisse in den Weg gelegt, kritisierte Aiwanger. „Die Rekordsteuereinnahmen schaffen finanzielle Spielräume zur Abschaffung der leistungsfeindlichen kalten Progression. Auch die von unserer Fraktion seit langem geforderte ersatzlose Abschaffung der Erbschaft- und Schenkungsteuer würde den Mittelstand entlasten. Zudem müssen eine Vielzahl bürokratischer Hürden endlich abgebaut und zum Beipsiel die Vorfälligkeit der Sozialversicherung gestrichen werden“, so Bernhard Pohl, haushalts- und finanzpolitischer Fraktionssprecher. Die Abgeordneten befassten sich außerdem mit dem umstrittenen Freihandelsabkommen TTIP, der Bewältigung der Energiewende in Bayern, der Elektromobilität als Wachstumstreiber der Zukunft und besichtigten in diesem Zusammenhang zwei Hochtechnologieunternehmen der Region.

Überfällige Reform an den Gymnasien

Aiwanger griff die Wahlfreiheit zwischen G8 und G9 am Gymnasium gleich als politisches Exempel auf: „Bis vor wenigen Wochen sind wir dafür noch verlacht worden, jetzt kommt Minister Spaenle auf die Idee, unsere Pläne in etwa zu übernehmen. Wir sind gespannt darauf, ob er seinen Worten auch Taten folgen lässt.“

Ein weiteres Anliegen der FREIEN WÄHLER ist die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Ausbildung. Aiwanger: „Die von uns initiierte Abschaffung der Studiengebühren hat jeden Studenten finanziell durchschnittlich um 3.000 Euro entlastet. Wir fordern, die Meisterausbildung ebenso mit 3.000 Euro zu unterstützen.“

Mittelstand stärken: Kalte Progression abbauen, Erbschaftssteuer abschaffen

Ein Schwerpunkt der Klausur war die Politik für den Mittelstand. Bernhard Pohl, der als MdL den Stimmkreis Kaufbeuren im Landtag vertritt, erläuterte dazu die Zusammenhänge zwischen politischen Entscheidungen und nachfolgenden Auswirkungen auf die Region: „Kaufbeuren hat durch die mittelständischen Unternehmen ein beispielloses Wachstum bis in die 1980er Jahre hinein erlebt – beispielhaft die von den Heimatvertriebenen aufgebaute Gablonzer Glas- und Schmuckindustrie mit über 1.000 Betrieben. Fehlende Unterstützung durch Bund und Land aber schaden der Region – keine Autobahnanbindung, keine Hochschule und die Schließung von Hightech-Standorten der Bundeswehr.“

Die FREIEN WÄHLER setzen sich sowohl für die Abschaffung der Erbschaftssteuer wie auch für den Abbau der kalten Progression ein: „Es kann nicht sein, dass der Bürger trotz Rekordsteuereinnahmen von Jahr zu Jahr immer noch mehr Steuern zahlen muss. Die CSU verspricht die Abschaffung der kalten Progression in jedem Wahlkampf – wir fordern, dass sie diese Zusage endlich umsetzt“, so Pohl.

FREIE WÄHLER HERBSTKLAUSUR IN KAUFBEUREN

WIR BEWEGEN BAYERN

Ja zu Handel und Investitionen – Nein zu den geplanten Freihandelsabkommen

Intensiv diskutiert hat die Fraktion die umstrittenen Freihandelsabkommen mit den USA und Kanada, TTIP und CETA. Aiwanger erläuterte, weshalb sich die FREIEN WÄHLER ganz klar gegen diese Abkommen aussprechen: „Wir stehen zu Wirtschaftskontakten, aber das geht auch niederschwelliger. Wir brauchen kein Abkommen, das politisch und staatsrechtlich so hoch angesiedelt ist, später nicht mehr korrigiert werden kann und bei dem einzelne Aspekte nicht verhandelt werden. Wir haben das Thema als erste Fraktion im Landtag aufgegriffen und wir werden uns weiter massiv dafür stark machen, dass hier Qualität vor Schnelligkeit geht.“ Der agrarpolitische Fraktionssprecher Dr. Leopold Herz (Wertach) stellte klar: „Wir haben in Deutschland eine hohe Lebensmittelqualität und hohe Standards. Wir wollen keine Gen- und Hormonnahrung, wie sie durch TTIP droht. Auch deshalb kommt von uns ein klares Nein zu diesem Abkommen.“

FREIE WÄHLER Fraktion vor Ort

Empfang im Rathaus Kaufbeuren

Der Kaufbeurer Oberbürgermeister Bosse stellte im historischen Rathaus die wichtigsten Projekte und Herausforderungen der Stadt vor. Mit Blick auf den Abzug der Bundeswehr, die in Kaufbeuren einen wichtigen Wirtschaftsfaktor dargestellt hat, stellte Aiwanger fest: „Wir dürfen in Bayern nicht pauschal zwischen Nord und Süd unterscheiden. Es gibt überall Probleme, die passgenauer Lösungen bedürfen.“

Der Allgäuer Pohl sieht die Bayerische Staatsregierung in der Pflicht: „Die Schließung des Luftwaffenausbildungszentrums mit 1200 Beschäftigten trifft Kaufbeuren hart. Die Verlagerung einer großen Landesbehörde ist das Gebot der Stunde.“ Pohl verwies darauf, dass die Idee der militärisch-zivilen Kooperation bei der Nutzung des Fliegerhorstes und des Towers von den FREIEN WÄHLER stamme.

Fliegerhorst Kaufbeuren

Nach dem Besuch des Fliegerhorsts Kaufbeuren bilanzierte Pohl: „Dass dieser deutschlandweit einmalige Hightech-Ausbildungsstandort der Bundeswehr in Kaufbeuren geschlossen und 40 Kilometer weiter für 30 Millionen Euro neu aufgebaut werden soll, begreift kein Mensch. Unsere Fraktion hat aber die Idee entwickelt, wenigstens die Flugsicherung in zivil-militärischer Kooperation hier am Standort zu halten. Dafür stehen die Zeichen gut.“

Leuchtturm-Projekte regionaler Wirtschaft

Impulse für ihre Mittelstandspolitik holte sich die Fraktion beim Besuch im neuen Kompetenzzentrum für Elektromobilität und Transporttechnologien der Intertek Deutschland. Elektromobilität sei ein Baustein der Energiewende, betonte Aiwanger. Deshalb sei es wichtig, dieser Entwicklung eine Chance zu geben – auch um sich langfristig aus der Abhängigkeit von Ölimporten zu lösen. Die Infrastruktur der Ladestationen für elektrische Fahrzeuge müsse dringend ausgebaut werden, um die Elektromobilität in Deutschland weiter nach vorne zu bringen.

Foto zeigt die Abgeordneten der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion beim Besuch der Firma Sensor-Technik Wiedemann in Kaufbeuren

Beim Besuch der Firma Sensor-Technik Wiedemann (STW) überzeugten sich die Abgeordneten davon, wie sich ein familiengeführtes regionales Unternehmen erfolgreich am Markt behaupten kann: „Die Firma Wiedemann ist ein Leuchtturm der regionalen Wirtschaft. Wir haben aus dem Gespräch und der Betriebsbesichtigung aber auch Probleme und Anregungen für unsere parlamentarische Arbeit mitgenommen“, sagte Bernhard Pohl.

Versöhnen, aber nicht vergessen: Isergebirgs-Museum Neugablonz

Im Isergebirgs-Museum Neugablonz führten die Abgeordneten eine aufschlussreiche Debatte mit Vertretern der Sudetendeutschen Landsmannschaft. „Unsere Fraktion hat sich immer klar für die Interessen der Heimatvertriebenen engagiert: Wir treten für Versöhnung und eine Perspektive von nachbarlicher Freundschaft ein, ohne die Vergangenheit zu vergessen“, sagte MdL Pohl. Dr. Hans Jürgen Fahn, ebenso wie Pohl vertriebenenpolitischer Sprecher der Fraktion, setzte sich für ein eigenes Infozentrum gegen Flucht und Vertreibung in der geplanten bayerischen Vertretung in Prag ein.

Fraktionschef Aiwanger zeigte sich zufrieden mit der bisherigen Arbeit der FREIEN WÄHLER im Landtag: „Wir bewegen Bayern, wir haben eine Vielzahl wichtiger Themen gesetzt und die Staatsregierung in vielen Bereichen zum Handeln gezwungen.“ In diesem Sinn soll und wird es nun weiter gehen. „Die Staatsregierung hat weder Visionen noch einen Plan, sie ist dringend unterstützungsbedürftig, und wir werden sie weiterhin konstruktiv kritisch begleiten.“ ■

STREIT OHNE ENDE – UND WARUM BAYERN AM SCHLUSS ALS VERLIERER DASTEHT

DAS FAULE EI – SEEHOFERS MAUT

Thorsten Glauber MdL (Pinzberg),
stellvertretender Fraktionsvorsitzender, energiepolitischer Sprecher, verkehrspolitischer Sprecher, wirtschaftspolitischer Sprecher, Sprecher für Bauen und Wohnen, Mitglied des Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie.

Kontakt:
Telefon: 089/4126-2147 / E-Mail: Thorsten.Glauber@fw-landtag.de

So hatte es sich der bayerische Ministerpräsident wohl nicht gedacht, als er im Vorfeld der Bundestagswahlen 2013 die Mautpflicht für Ausländer auf Autobahnen als Wahlkampfknüller auf den Tisch warf. Seither gibt es nur Streit und Ärger. Die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion hatte schon vor Jahren darauf hingewiesen, dass das Konzept „Ausländer-Maut“ untauglich ist, und stattdessen einen Rettungsschirm mit festen Etats für die Verkehrsinfrastruktur gefordert.

Der Ärger ist vielgestaltig

Das Thema PKW-Maut für Ausländer war von der CSU schon seit Jahren immer wieder in kleinerem Rahmen ins Gespräch gebracht worden. Anhand der Debatte konnte man sehen, ob sich das Thema für die „große“ Politik eignet, oder ob man diesen Testballon wieder einholen müsste. Jedenfalls machte der Machtstratege Seehofer die „Ausländer-Maut“ zum zentralen Wahlkampfthema und lenkte mit diesem Aufreger von weit wesentlicheren Politikfeldern wie der Sozial- und Energiepolitik ab.

Von einer Wahlkampflüge zur größten anzunehmenden Blamage für Seehofer

Und heute? Chaos allenthalben. Auf kritische Nachfragen, wie er das denn machen wolle, dass wie versprochen nur Ausländer zahlten und den deutschen Autofahrern keine Mehrkosten entstünden, erklärte Seehofer immer wieder nur verschmitzt, er kenne da schon Wege, wie das zu bewerkstelligen sei. Davon ist heute keine Rede mehr, und schon damals war klar, dass der CSU-Chef entweder von sagenhafter politischer Naivität getragen war oder dass er in alle Fernsehkameras, Mikrofone oder Notizblöcke der Journalisten log.

Die Koalitionsvereinbarung will „eine europarechtskonforme PKW-Maut, mit der wir Halter von nicht in Deutschland zugelassenen PKW an der Finanzierung zusätzlicher Ausgaben für das Autobahnnetz beteiligen wollen, ohne im Inland zugelassene Fahrzeuge höher als heute zu belasten“ – eine Forderung, die mit Blick auf europäische Rechtsvorschriften umstritten ist. Regelmäßig kamen Warnungen von Brüssel nach Berlin. Die undankbare und unlösbare Aufgabe, den Rohrkrepierer seines Parteichefs so weit zu entschärfen, dass eine rechtskonforme Maut herauskommt, die auch der Bürger akzeptiert, bekam der neue Verkehrsminister Dobrindt aufgedrückt.

Am Ende zahlt der deutsche Autofahrer an ein ausländisches Konsortium

Und so sieht die Diskussion heute aus: Aus der Autobahn-Maut nur für Ausländer wird wohl eine Maut für Autobahnen und Bundesstraßen. Sollte die EU die Ausländermaut kassieren, führt an einer Beteiligung der deutschen Autofahrer kein Weg vorbei. Die unterschiedlichen Erfassungssysteme führen zu hohem bürokratischen Aufwand, so dass nach einigen Modellen sogar sämtliche Einnahmen durch die Kosten wieder aufgefressen werden. Schon im Jahr 2011 hatten die FREIEN WÄHLER gewarnt: Die Einführung einer PKW-Maut auf deutschen Autobahnen bedeutet die Vorbereitung zur Privatisierung der Autobahnen. Der Staat suche händeringend nach Einnahmen, und es sei nicht ausgeschlossen, dass hier nach dem Vorbild der Privatisierung des Energiebereiches das Ziel verfolgt wird, dass Investoren dem Bund das Autobahnnetz abkaufen. Dazu wären jedoch regelmäßige Einnahmen für mögliche Investoren nötig, was durch die PKW-Maut sichergestellt sei. Dann zahlt am Ende ein deutscher Autofahrer an ein internationales Konsortium dafür, dass er auf einer Autobahn fährt, die mit seinen eigenen Steuergeldern errichtet worden ist.

Bayern ist Verlierer der CSU-Mautpläne

Jedenfalls wird es am Ende teurer für uns alle. Die Pläne für eine PKW-Maut werden auch negative Auswirkungen auf die Wirtschaft in den bayerischen Grenzregionen haben. Bayerische Unternehmen an der österreichischen und tschechischen Grenze werden die Konsequenzen einer Mauteinführung umgehend zu spüren bekommen. Die Bereitschaft für einen Kurzbesuch wird bei unseren Nachbarn deutlich sinken und Einzelhandel, Gastronomie sowie Tourismus werden den Schaden haben. Die parlamentarische Anfrage der FREIEN WÄHLER nach den Folgekosten wurde von der Staatsregierung nicht beantwortet. Statt das unsinnige Projekt endlich zu begraben, droht Seehofer mit einem Ende der Berliner Regierungskoalition, wenn er seine Maut nicht bekommt. Doch das zeigt nur, wie sehr Seehofer und mit ihm die ganze CSU in der Sackgasse stecken. ■

Mehr Wirtschaftswachstum und die Schaffung neuer Arbeitsplätze in Bayern sind für die FREIEN WÄHLER wichtige Ziele, die mit den Handels- und Investitionsabkommen mit Kanada („CETA“) und den USA („TTIP“) in gewissem Umfang erreicht werden können. Es ist aber mehr als fraglich, ob beide geplanten Abkommen nicht ein Ausmaß annehmen, das an den Interessen der Bürger in Deutschland und im Freistaat Bayern vorbeigeht.

Bei beiden Verträgen wird zum ersten Mal in Abkommen der Europäischen Union ein sogenannter Negativlisten-Ansatz verfolgt, durch den grundsätzlich alle Bereiche von den Liberalisierungsverpflichtungen des Abkommens erfasst sind. Ausnahmen, wie zum Beispiel die Wasserversorgung der Kommunen, müssten ausdrücklich in Anhängen mit vielen Hintertürchen aufgenommen werden. Dies ist für uns nicht verhandelbar, weshalb wir diese Konzeption insgesamt ablehnen.

FREIE WÄHLER SEHEN STANDARDS DURCH UMFASSENDE HANDELSABKOMMEN GEFÄHRDET

WIRD DER VERBRAUCHERSCHUTZ DURCH DIE GEPLANTEN FREIHANDELSABKOMMEN MIT DEN USA UND KANADA AUSGEHEBELT?

Gefahr durch nachträgliche Senkung von Standards

Das Grundproblem beider Abkommen ist die fehlende Transparenz und die einseitige Beeinflussung durch Großunternehmen. Bis heute ist das Verhandlungsmandat nicht veröffentlicht worden, bis heute ist nicht allen Betroffenen der Abkommen der Zugang in die Beratungsgremien gestattet. So haben die Vertreter der europäischen Regionen und Kommunen als die Interessenvertreter kommunaler Daseinsvorsorge keinen exklusiven Zugang zur Einbringung ihrer Interessen.

Standardangleichungen machen zum Beispiel für doppelte Zertifizierungsverfahren von Bauteilen für die Automobilindustrie Sinn. Mittelständische Unternehmen können beispielsweise bei einer einheitlichen Blinker-Farbe für Automobile in Europa und Nordamerika weitaus günstiger Produkte für die Verbraucher bereitstellen, ohne dass die Sicherheit der Verbraucher darunter leiden wird. Problematisch wird dies aber in sensiblen Bereichen, etwa bei der Lebensmittelsicherheit. Wir als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion sind stolz auf die hohe Qualität der in Bayern hergestellten Lebensmittel und die Anreizsysteme, Tiere artgerecht zu halten um für den heimischen Markt produzieren zu können. Sollten die sensiblen Bereiche laut Aussagen der EU-Kommission tatsächlich nicht Teil des Verhandlungsergebnisses der TTIP sein, bleibt allerdings eine weitere Gefahr bestehen: TTIP soll ein lebendiges Abkommen („living agreement“) werden. Demnach soll es eine regulatorische Kooperation zwischen den USA und der EU geben, durch die bei jedem Gesetzesvorschlag überprüft werden soll, ob er einen wesentlichen Einfluss auf den transatlantischen Handel hat. Ein solches Verfahren ist eine Einladung für den Lobbyismus der Großkonzerne und eine Abkehr vom Parlamentarismus auf beiden Seiten des Atlantiks.

Entschädigungszahlungen in Milliardenhöhe drohen

Mit einer Investitionsschutzklausel sollen ausländische Investitionen gegen willkürliche Enteignung und Diskriminierung geschützt werden. Dies macht bei Abkommen Sinn, die wir mit Ländern ohne hoch entwickelte und funktionierende Rechtssysteme schließen. Anders im Fall von Kanada, den USA oder den 28 Mitgliedstaaten der EU: In jedem dieser Staaten kann ein ausländischer Investor einen fairen Prozess erwarten. Das Klageverfahren über Schiedsgerichte räumt aber gerade den international operierenden Großkonzernen die Möglichkeit ein, jenseits der Rechtsstaatlichkeit im Schnellverfahren zu klagen und ohne Berufungsinstanz hohe Vergleichssummen zu erzielen. Und dies kann je nach Ausgestaltung des Investitionsschutzes auch Anwendung auf neu eingeführte Standards, zum Beispiel im Umwelt- und Gesundheitsbereich finden. So klagt beispielsweise der amerikanische Tabakkonzern Philip Morris gegenwärtig gegen den Staat Uruguay, weil das Land strengere Raucherschutzgesetze erlassen hat und nun unerfüllte Gewinnerwartungen ausgeglichen werden sollen. Streitpunkt: rund zwei Milliarden Dollar.

Gefahr für Demokratie und Rechtsstaat

Mit der Ausgestaltung beider Freihandelsabkommen können eine Vielzahl an Errungenschaften des Verbraucher-, Klima-, Gesundheits- und Tierschutzes direkt oder indirekt auf dem Spiel stehen. Es handelt sich um Abkommen, die sich auch nachträglich nicht einfach auflösen lassen und Bindewirkung auf allen Ebenen von Europa bis zur Kommune haben werden. Der politische Einfluss der Bürgerinnen und Bürger und ihrer direkt gewählten Volksvertreter in ganz Europa könnte hierdurch gewaltig zurückgedrängt werden, während beide Abkommen durch ihren umfassenden Regelungsansatz Einfluss auf ungemein viele Gesellschaftsbereiche nehmen werden. Wir FREIE WÄHLER haben das Thema schon kurz nach der letzten Landtagswahl 2013 als erste in Bayern auf die politische Agenda gesetzt und unsere Kritik dem bayerischen Ministerpräsidenten vor seiner Wahl mit auf dem Weg gegeben. Erst durch die breite öffentliche Diskussion sind die Brüsseler Verhandlungsführer aufgewacht und haben begonnen, für ein Stück weit mehr Transparenz und Auskünfte zu sorgen. Diesen öffentlichen Druck, nicht nur der Politik, sondern gerade auch der Zivilgesellschaft, müssen wir auch in Bayern weiterhin aufrecht erhalten, um unsere Interessen zu verteidigen und größeres Unheil für die Bürgerinnen und Bürger in unserer Heimat zu verhindern. ■

Nikolaus Kraus MdL
(Ismaning),
Sprecher für Verbraucherschutz,
Mitglied im Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz

Kontakt:
Telefon: 089/4126-2454
E-Mail: Nikolaus.Kraus@fw-landtag.de

BILDUNGSGUTSCHEINE FÜR DIE MEISTERAUSBILDUNG

DEM FACHKRÄFTEMANGEL IM HANDWERK ENTGEGEN WIRKEN – BERUFLICHE BILDUNG AUFWERTEN

Das Konzept der FREIEN WÄHLER

Als Kraft der bürgerlichen Mitte setzen sich die FREIEN WÄHLER besonders für den Mittelstand und das Handwerk ein. Mit der neuen Initiative „Bildungsgutscheine für die Meisterausbildung“ setzen sie hier einen wichtigen Akzent. Die angestrebte Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Ausbildung darf nicht länger nur ein Lippenbekenntnis sein, sondern muss endlich gezielt vorangebracht werden. Das ist entscheidend, um dem Fachkräftemangel im Handwerk entgegenzuwirken.

Für die Meisterausbildung fallen oft mehrere Tausend Euro an Kosten an

Durch den Wegfall der Studiengebühren wurden Studierende eines Bachelorstudiengangs insgesamt um 3.000 Euro entlastet. Für die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion ist es daher nur folgerichtig, auch angehende Meister um diese Summe zu entlasten. Denn für die Meisterausbildung fallen je nach Berufszweig oft mehrere Tausend Euro Kosten an. Das ist nicht gerecht und benachteiligt diejenigen, die sich in einem Ausbildungsberuf weiterentwickeln wollen. Allein für Vorbereitungskurse müssen angehende Handwerksmeister nämlich bis zu 5.000 Euro, Industriemeister gar bis zu 6.000 Euro bezahlen. Diese hohen Kosten schrecken viele ab. Die Ausbildung zum Handwerksmeister muss daher dringend besser gefördert werden.

In Bildung investieren – das muss auch für den Handwerksbereich gelten

Das Konzept der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion sieht deshalb vor, jedem, der eine Ausbildung auf Meisteranwärter absolviert, zusätzlich zum Meisterbonus von 1.000 Euro für einen erfolgreichen Abschluss zu Beginn auch einen Bildungsgutschein in Höhe von 2.000 Euro zukommen zu lassen. Diese können dann bei Anbietern von Meisterkursen oder sonstigen Vorbereitungskursen zu Prüfungen auf Meisterebene eingelöst werden. Der Meisterkandidat zahlt also einen um 2.000 Euro geringeren Betrag an Kurskosten und der Kursanbieter bekommt dieses Geld vom Freistaat Bayern gutgeschrieben. Der Bildungsgutschein ist damit unbürokratisch, auf Landesebene umsetzbar und mit Gesamtkosten von rund 60 Millionen Euro auch problemlos finanzierbar.

Bei rund 10.000 Meisteranwärtern ist das gut angelegtes Geld für den Mittelstand. Es dient der Stärkung des bayerischen Handwerks und ist ein wichtiger Schritt in Richtung Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung. Denn umso attraktiver die berufliche Weiterbildung ist, um so attraktiver ist auch die Berufsausbildung. Vielleicht entscheiden sich dann wieder mehr junge Menschen für eine Ausbildung, was im Kampf gegen den Fachkräftemangel in Handwerk und Mittelstand ein wichtiger Schritt wäre.

Einen entsprechenden Antrag haben die FREIEN WÄHLER bereits im Bayerischen Landtag eingebracht. ■

Thorsten Glauber MdL (Pinzberg), stellvertretender Fraktionsvorsitzender, energiepolitischer Sprecher, verkehrspolitischer Sprecher, wirtschaftspolitischer Sprecher, Sprecher für Bauen und Wohnen, Mitglied des Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie.

Kontakt:
Telefon: 089/4126-2147
E-Mail: Thorsten.Glauber@fw-landtag.de

UNSERE AGENDA FÜR EINE HUMANE BAYERISCHE FLÜCHTLINGSPOLITIK

Die Ankunft hunderter Neuankömmlinge und ein Heizungsausfall lösten in der Zentralen Erstaufnahmeeinrichtung für Asylbewerber im mittelfränkischen Zirndorf kürzlich einen Notruf aus. Zahlreiche Helfer des Bayerischen Roten Kreuzes (BRK) mussten ausrücken, um die erschöpften und zum Teil traumatisierten Flüchtlinge mit Decken, heißem Tee und Essen notdürftig zu versorgen. Wie ein Sprecher des BRK mitteilte, mussten viele Asylbewerber die Nacht auf der Straße verbringen. Dabei platzt die Einrichtung in Zirndorf ohnehin seit Monaten aus allen Nähten. Obwohl sie lediglich für 650 Personen ausgelegt ist, müssen die dortigen Mitarbeiter meistens über 1.000 Flüchtlinge aus den unterschiedlichsten Kulturkreisen versorgen.

Die geschilderte Nacht des zehnten September 2014 in Zirndorf wird nach den Hungerstreiks im vergangenen Jahr und der Unterbringung in Zeltlagern in Nürnberg als ein neuer Tiefpunkt in die Geschichte der bayerischen Flüchtlingspolitik eingehen. Immerhin gesteht die Bayerische Staatsregierung ihre Versäumnisse mehr und mehr ein und beginnt mit der Umsetzung von Maßnahmen, die die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion seit Jahren fordert. So wurde beispielsweise beschlossen, dass sich die Flüchtlinge in Zukunft selbst mit Lebensmitteln versorgen können. Das bisher existierende System der Essenspakete wurde abgeschafft. Ebenso wurde angekündigt, weitere Erstaufnahmeeinrichtungen zu etablieren. In Zukunft soll wieder jeder Regierungsbezirk eine solche Institution betreiben, um die seit Monaten überfüllten bestehenden Einrichtungen zu entlasten. Schließlich wurde mit der Streichung des umstrittensten Halbsatz in der Asyldurchführungsverordnung ein wichtiger symbolischer Erfolg errungen. Die Unterbringung verfolgt nun nicht mehr das Ziel, „die Bereitschaft zur Rückkehr in das Heimatland [zu] fördern“.

Wir begrüßen die genannten Maßnahmen, halten sie aber nicht für ausreichend, um den vielen hier ankommenden Flüchtlinge eine menschenwürdige Behandlung zuteilwerden zu lassen. So ist die Etablierung weiterer Erstaufnahmeeinrichtungen überfällig und muss noch schneller umgesetzt werden. Als FREIE WÄHLER fordern wir außerdem, dass Bund und Land endlich ihren Verpflichtungen nachkommen und die Kommunen bei der Unterbringung und Versorgung der Menschen nicht weiterhin im Regen stehen lassen. Der Anstieg der Flüchtlingszahlen vollzog sich schließlich nicht von heute auf morgen, sondern deutete sich seit längerer Zeit an. Hätte man auf die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion gehört und bereits vor Jahren eine dritte Erstaufnahme geschaffen, wäre die Situation nicht in diesem Maße eskaliert. Ausbaufähig ist auch die Situation der Flüchtlingsbetreuung. Immerhin hat Sozialministerin Müller jüngst angekündigt, die Mittel für Asylsozialberatung in den Erstaufnahmeeinrichtungen um jährlich 2,3 Millionen Euro aufzustocken.

Dies kann aber nur ein erster Schritt sein; in Zukunft muss auch für die Gemeinschaftsunterkünfte ein besserer Betreuungsschlüssel angepeilt werden. Eine weitere wichtige Maßnahme, die unverzüglich umgesetzt werden muss, ist die Aufstockung des Personals beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Hier ist der Bund gefordert, sein Versprechen wahr zu machen und dafür zu sorgen, die Prüfverfahren für Flüchtlinge innerhalb dreier Monate abzuschließen. Zusätzlich muss die CSU ihre Zusagen aus dem Koalitionsvertrag des Bundes endlich umsetzen: Dazu gehört, die Residenzpflicht zum Zwecke der Arbeitsaufnahme und Wohnungssuche weiter zu lockern und das Arbeitsverbot für Asylbewerber auf drei Monate zu verkürzen. Schließlich sollte sich die Staatsregierung, statt europarechtlich zweifelhafte neue Grenzkontrollen zu fordern, lieber für eine gerechte Flüchtlingsverteilung innerhalb Europas sowie die Verbesserung der Situation in den Herkunftsländern einsetzen. Während allein Deutschland und Schweden fast die Hälfte aller Flüchtlinge aufnehmen, bleiben Staaten wie Spanien oder Italien weit hinter ihren Möglichkeiten zurück.

Flüchtlinge nehmen oft eine lange Reise voller Risiken und nicht vorhersehbaren Widrigkeiten in Kauf, um Verfolgung und Krieg in ihrer Heimat zu entkommen. Nicht selten haben sie eine schwierige Odyssee hinter sich, wenn sie die deutsche Grenze überschreiten und sich endlich in Sicherheit wähnen. Neben den finanziellen Möglichkeiten haben wir auch die moralische Pflicht, die Ankommenden mit Respekt zu behandeln und sie nach ihren Anstrengungen nicht einfach mitten in der Nacht auf der Straße liegen zu lassen. Die Bayerische Staatskanzlei und das Kanzleramt als verantwortliche Stellen müssen nun endlich handeln, damit unsere Asylpolitik endlich wieder das Prädikat „menschenwürdig“ verdient. ■

Im August wurden 15.138 Asylerstanträge beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge gestellt. Fast 60% mehr als im August des vergangenen Jahres.

Hauptherkunftsland im August war Syrien mit 3.308 Erstanträgen, gefolgt von Eritrea (1.923 Erstanträge), Serbien (1.573 Erstanträge), Afghanistan (690 Erstanträge), Albanien (549 Erstanträge) und Bosnien-Herzegowina (484 Erstanträge). *(Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge)* Bayern nimmt rund 15% aller in Deutschland ankommenden Asylbewerber auf.

In Bayern leben derzeit ca. 12.000 Menschen in sogenannten Gemeinschaftsunterkünften.
In Bayern werden die Regelungen für Asylbewerber besonders streng ausgelegt. Dazu gehören: Die Pflicht in einer staatlichen Gemeinschaftsunterkunft zu leben, ein Verbot zu arbeiten, ein Verbot eine bestimmte Region zu verlassen (Residenzpflicht).

Gabi Schmidt, Uehlfeld MdL (Mittelfranken),
familienpolitische Sprecherin, Sprecherin für Kinderbelange (Vorschulalter), Sprecherin für Arbeit, sozialpolitische Sprecherin

Kontakt:
Telefon: 089/4126-2932
E-Mail: Gabi.Schmidt@fw-landtag.de

NEU IM LANDTAG

JOHANN HÄUSLER

FREIE WÄHLER
LANDTAGSFRAKTION

Herr Häusler, nachdem unsere bisherige stellvertretende Fraktionsvorsitzende Ulrike Müller ins Europaparlament gewählt wurde, sind Sie an ihrer Stelle als Vertreter des Bezirks Schwaben in den Bayerischen Landtag eingezogen. Was waren die Schwerpunkte Ihrer bisherigen politischen Arbeit?

Seit mehr als 30 Jahren engagiere ich mich nun schon kommunalpolitisch, zunächst als Gemeinderat und zweiter Bürgermeister meiner Heimatgemeinde Biberbach. Seit 1990 bin ich Kreisrat, von 2008 bis 2014 auch stellvertretender Landrat des Landkreises Augsburg. Seit 2012 bin ich auch stellvertretender FW-Bezirksvorsitzender in Schwaben. Bürgernahe Politik zum Wohl der Menschen vor Ort war mir immer wichtig.

Was fällt Ihnen zum Stichwort „gleichwertige Lebensverhältnisse“ ein?

Gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land – das ist ein Kernthema der FREIEN WÄHLER und dafür habe ich mich in den vergangenen Jahrzehnten immer eingesetzt. Für die Bürgerinnen und Bürger der Region Augsburg ist die Verbesserung des ÖPNV (öffentlicher Personennahverkehr) sehr wichtig. Meinen besonderen Fokus habe ich dabei auf einen taktgebundenen S–Bahnverkehr im Raum Augsburg, eine Straßenbahn nach Königsbrunn und die Vertaktung zentraler Busverbindungen gelegt. Wir brauchen aber natürlich nicht nur in der Region Schwaben eine effizientere Flächenanbindung. Ich setze mich darüber hinaus für eine ausreichende Krankenhausversorgung auch in der Fläche ein. Seit dem Jahr 2000 bin ich Verwaltungsrat des Klinikums Augsburg, von 2006 bis 2008 war ich auch Verwaltungsrat der Wertachkliniken Bobingen und Schwabmünchen. Das Universitätsklinikum Augsburg ist mir seit Jahren ein besonderes Anliegen. Selbstverständlich werde ich mein Augenmerk auch weiterhin auf diese Themen legen. Als Abgeordneter habe ich aber künftig auch eine politische Verantwortung für ganz Bayern und ich freue mich auf die neuen Aufgaben.

Erzählen Sie uns doch bitte noch ein wenig von Johann Häusler privat:

Ich wurde 1952 in Augsburg geboren. Ich bin verheiratet, habe drei erwachsene Kinder und inzwischen auch drei Enkel. Sie können sicher sein, da rührt sich immer etwas. Unser Familienleben ist mir sehr wichtig.

Das Abitur habe ich auf dem 2. Bildungsweg über das Bayernkolleg erworben und anschließend meine Ausbildung zum Agrarökonom gemacht. Über viele Jahre hatte ich eine Leitungsfunktion und rund 20 Jahre auch die Geschäftsführung der Erzeugergemeinschaften für „Ringferkel in Schwaben w.V.“, „Schwaben-Tierische Veredelung w.V.“ und „Franken Schwaben-Tierische Veredelung w.V.“ inne.

Um als Politiker erfolgreich zu sein braucht man...

...ein gutes Gespür, viel Optimismus und Innovation, ausreichend Verständnis und Einfühlungsvermögen und die nötige Entscheidungskompetenz.

Ein perfekter Tag beginnt mit...

...einem liebevollen Guten-Morgen-Gruß, einem guten Frühstück und mit positiven Nachrichten.

Was würden Sie machen, wenn Sie nicht in die Politik gegangen wären?

Ich würde mich weiterhin mit Fragen der landwirtschaftlichen Nutztierhaltung und des Agrarmarketings befassen.

Wer oder was bringt Sie zum Lachen?

Raffinierte Kinderstreiche, aber auch gewitzte Komödianten und Satiriker stimulieren mich schnell und nachhaltig.

Johann Häusler, Biberbach MdL (Schwaben),
Johann Häusler
Laugnastraße 17
86637 Wertingen

Kontakt:
Telefon: 089/4126-2383
E-Mail: Johann.Haeusler@fw-landtag.de

Prof. Dr. Michael Piazolo an der Verteilstelle der Münchner Tafel in der Großmarkthalle.

Jeden Morgen um 7.30 Uhr starten die 16 Lieferwagen der Münchner Tafel, um Warenspenden von den Sponsoren einzusammeln. Dazu zählen die Händler am Großmarkt, Nahrungsmittelhersteller, Lebensmittel-Groß- und Einzelhändler, Handwerksbetriebe und Landwirte. So kommen Woche für Woche über 100.000 kg einwandfreie Lebensmittel nach dem Motto "Verteilen statt vernichten" zusammen. Täglich zwischen 13 und 17 Uhr erfolgt die Verteilung der Lebensmittel durch ehrenamtliche Helfer an die wartenden Spendenempfänger.

Prof. Dr. Michael Piazolo im Gespräch mit Hannelore Kiethe, Vorsitzende Münchner Tafel.

EHRENAMT

DIESES PROJEKT/ VEREIN HABE ICH AUSGESUCHT:

… die Münchner Tafel e.V.

WARUM ICH MICH FÜR DIESES PROJEKT ENTSCHIEDEN HABE:

… weil unsere Landeshauptstadt München als reiche und attraktive Stadt gilt und dennoch viele Münchner von Armut betroffen und vom Beistand und der Solidarität anderer abhängig sind. Mit der zuverlässigen Unterstützung dieser Bedürftigen vollbringen die Münchner Tafel und all ihre ehrenamtlichen Helfer seit 20 Jahren eine großartige Leistung.

GELERNT HABE ICH:

… wie mit einer guten Idee, Überzeugungskraft und ehrenamtlichem Engagement Schwächen der Sozialpolitik gelindert, Härtefälle aufgefangen und unsere Gesellschaft verändert werden kann. Dies ist auch Aufgabe einer verantwortungsvollen Politik. Wir Politiker sind also dringend gefragt und müssen daher das Ehrenamt weiterhin stützen und schützen!

ALS FREIER WÄHLER WÜNSCHE ICH MIR FÜRS EHRENAMT:

… dass es eine wichtige Sprosse in der Karriereleiter junger Menschen wird – und bleibt – und es noch mehr Anerkennung bei Arbeitgebern und in der Gesellschaft erfährt.

WAS MICH BESONDERS BEEINDRUCKT HAT:

… dass die Münchner Tafel mittlerweile die Dimension eines mittelständischen Unternehmens hat und alle Mitarbeiter und ehrenamtlichen Helfer zu jedem Zeitpunkt mit Herz, Verstand, Einfühlungsvermögen und großer Professionalität unseren bedürftigen Mitbürgern helfen.

DANK dem Ehrenamt!
FREIE WÄHLER LANDTAGSFRAKTION

Prof. Dr. Michael Piazolo
Der Mensch im Mittelpunkt!

Kontakt:
Telefon: 089/4126-2976
E-Mail: Michael.Piazolo@fw-landtag.de

MdL Benno Zierer ist der Lebenshilfe Freising seit vielen Jahren eng verbunden. Dank vieler ehrenamtlicher Unterstützer und Förderer wird seit 1968 großartige Arbeit zum Wohl von Menschen mit Behinderung geleistet. Ziel ist die Förderung aller Maßnahmen und Einrichtungen, die eine wirksame Lebenshilfe für behinderte und von Behinderung bedrohte Menschen aller Altersstufen, vor allem für geistig und mehrfach behinderte Menschen bedeuten. Dazu gehören Frühfördereinrichtungen, Integrative Einrichtungen, Bildungseinrichtungen für Kinder im vorschulischen und schulischen Alter, Anlernwerkstätten, Werkstätten für behinderte Menschen, Förderstätten und Wohnstätten.

EHRENAMT

DIESES PROJEKT/ VEREIN HABE ICH AUSGESUCHT:

… Werkstätte für behinderte Menschen der Lebenshilfe Freising e.V.

WARUM ICH MICH FÜR DIESES PROJEKT ENTSCHIEDEN HABE:

… weil dort Menschen mit Behinderung Hilfe und Zuwendung erfahren. Viele ehrenamtliche Unterstützer und Förderer engagieren sich erfolgreich für deren soziale Integration, ermöglichen so ein selbstbestimmtes, sinnerfülltes Leben, getragen von der Teilhabe an unserer Gesellschaft.

GELERNT HABE ICH:

… wie wichtig die Achtung der Autonomie und der sozialen Wertschätzung behinderter Menschen ist.

ALS FREIER WÄHLER WÜNSCHE ICH MIR FÜRS EHRENAMT:

… dass die Bedeutung ehrenamtlichen Engagements für Inklusion und Integration eine viel größere Wertschätzung findet.

WAS MICH BESONDERS BEEINDRUCKT HAT:

… ist die Freude von Menschen mit Behinderung, im Team zu arbeiten und sich neuen Herausforderungen zu stellen.

DANK dem Ehrenamt! FREIE WÄHLER LANDTAGSFRAKTION

Benno Zierer
Der Mensch im Mittelpunkt!

Kontakt:
Telefon: 089/4126-2147
E-Mail: Benno.Zierer@fw-landtag.de

FÜR DIE ZUKUNFT LERNEN – GEDENKTAG FÜR DIE OPFER VON FLUCHT UND VERTREIBUNG

Anlässlich des Gedenktages für die deutschen Opfer von Flucht, Vertreibung und Deportation am 14. September haben sich die FREIEN WÄHLER im Bayerischen Landtag für die Beibehaltung des bayerischen Gedenktages am zweiten Sonntag im September ausgesprochen. Der Gedenktag ist ein wichtiger Impuls, sich immer wieder mit der furchtbaren Geschichte von Flucht und Vertreibung auseinanderzusetzen und Menschenrechtsverletzungen zu ächten. Denn nur wer die Geschichte kennt, kann auch für die Zukunft lernen. Der 20. Juni ist Weltflüchtlingstag der Vereinten Nationen und den Flüchtlingen auf der ganzen Welt gewidmet. Allein 2013 waren nach Angaben der Vereinten Nationen weltweit 51,2 Millionen Menschen auf der Flucht, in überwiegender Zahl als Vertriebene im eigenen Land, aber auch als Flüchtlinge im Ausland.

Starkes Zeichen gegen das Vergessen

Die FREIEN WÄHLER haben sich in den vergangenen Jahren nachdrücklich für die Einführung eines landesweiten Gedenktages stark gemacht und darüber hinaus mit insgesamt drei Anträgen im Landtag die Einrichtung eines bundesweiten Gedenktages gefordert. Die Erinnerung an das Schicksal der vertrieben Deutschen zu bewahren, ist den FREIEN WÄHLERN ein besonderes Anliegen: Zwei Millionen Deutsche haben ihre Flucht nicht überlebt. Sie wurden ermordet, vergewaltigt oder starben an Hunger. Viele der über zwölf Millionen Flüchtlinge aus den deutschen Ostprovinzen oder den deutschen Siedlungsgebieten in Ost- und Südosteuropa sind letztlich nach Bayern gekommen und haben hier eine große wirtschaftliche Aufbauleistung vollbracht. Ihre Eingliederung ist eine historische Leistung erster Ordnung. Bayern verdankt den Vertriebenen in vielfacher Weise seine heutige Spitzenstellung in Deutschland. Auch daran erinnert der Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung. Ein bundesweiter Gedenktag wäre ein starkes Zeichen gegen das Vergessen.

Mit dem nationalen Gedenktag halten wir die Erinnerung an die Schicksale von Millionen deutscher Menschen wach, die von der mit nichts zu rechtfertigenden Vertreibung betroffen waren und sind. Genauso wichtig wie das Erinnern an Leid und Elend der Flüchtlinge am Ende des Zweiten Weltkrieges ist die Auseinandersetzung mit Flucht und Vertreibung, Krieg, Hass und Menschrechtsverletzungen der Gegenwart. Es ist beschämend, wenn die Weltgemeinschaft angesichts der Flüchtlingstragödien und der Verbrechen an wehrlosen Zivilisten in der Vergangenheit nicht in der Lage ist, Ähnliches heutzutage gezielt zu verhindern. Die dramatischen Ereignisse in Syrien bringen es uns einmal mehr ins Bewusstsein, was es heißt, Wohnung und Heimat verlassen zu müssen, um nicht Opfer brutaler Gewalt zu werden. Drei Millionen Menschen sind aus dem Land geflohen, weitere neun Millionen sind innerhalb des Landes auf der Flucht – das ist mehr als die Hälfte der Bevölkerung. Die Gewalt des Bürgerkriegs macht vor der Zivilbevölkerung schon lange nicht mehr Halt. Daran erinnert der jährlich am 20. Juni auf Bundesebene begangene Weltflüchtlingstag.

Zeitzeugenberichte aufarbeiten, Sudetendeutsches Museum fertigstellen – Interessensvertretung in der Bayerischen Vertretung in Prag aufbauen

Es handelt sich um kein konkurrierendes Gedenken in Bund und Ländern. Beide Gedenktage – der Gedenktag für die deutschen Vertriebenen und der Weltflüchtlingstag – setzen das wichtige Signal, dass Vertreibungen weltweit zu ächten und Menschenrechte unteilbar sind. Am speziellen Gedenktag Bayerns können regionale Besonderheiten der Geschichte der deutschen Heimatvertriebenen in Bayern herausgearbeitet und in einen internationalen Kontext gestellt werden. Die FREIEN WÄHLER fordern in diesem Zusammenhang auch die didaktische Aufarbeitung von Zeitzeugenberichten der Heimatvertriebenen in Bildungseinrichtungen und die baldige Fertigstellung des Sudetendeutschen Museums in München. Wenn die Bayerische Vertretung in Prag fertiggestellt sein wird, fordern die FREIEN WÄHLER dort eine eigenes Infozentrum gegen Flucht und Vertreibung. Das vertriebenenpolitische Konzept der Landtagsfraktion beruht mithin auf drei Säulen:

- Erinnern (z.B. durch Gedenktage, aber auch an die Beneš-Dekrete)
- Dialog (mit den Betroffenen und vor allem der Jugend)
- Interessensvertretung nicht nur mit Symbolcharakter (z.B. Infozentrum in Prag)

Dr. Hans Jürgen Fahn MdL (Erlenbach),
Sprecher für Vertriebene, Flüchtlinge und Asyl (zusammen mit Bernhard Pohl MdL)
sowie generationen- und entwicklungspolitischer Sprecher, Mitglied in den Ausschüssen
Bildung und Kultus, Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen.

Kontakt:
Telefon: 089/4126-2570 / E-Mail: Hans-Juergen.Fahn@fw-landtag.de

GEMEINDELEBEN WIEDER IN SCHWUNG BRINGEN

FREIE WÄHLER FÜR ERHALT DER BAYERISCHEN DORFWIRTSCHAFTEN

Bürger kämpfen für ein Wirtshaus. In der Gemeinde Tiefenbach im Landkreis Landshut gab es im April 2014 einen Bürgerentscheid mit einem etwas ungewöhnlichen Hintergrund: Seit einiger Zeit steht die alte Dorfwirtschaft im Zentrum leer, stattdessen sollte dort ein neues Rathaus gebaut werden. Doch die Bürger wollten lieber ihr Wirtshaus behalten und gründeten die Bürgerinitiative „Für ein Wirtshaus". Mit Erfolg. Im Konzept für eine neue Ortsmitte ist mittlerweile eine Dorfwirtschaft fest vorgesehen, während sich die Bürger in einem Bürgerentscheid gegen ein neues Rathaus entschieden haben.

Jutta Widmann MdL (Landshut),
mittelstandspolitische Sprecherin der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion,
Sprecherin für Handwerk, Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft & Medien,
Infrastruktur, Bau & Verkehr, Energie & Technologie.

Kontakt:
Telefon: 089/4126-2876 / E-Mail: Jutta.Widmann@fw-landtag.de

Stirbt das Wirtshaus, dann stirbt das Dorf – so lautet eine Lebensweisheit, die in den letzten Jahrzehnten schon viel zu oft wahr geworden ist. Jedes Mal, wenn ein Wirtshaus für immer seine Pforten schließt, dann geht auch ein Stück Heimat verloren, ein Stück Geselligkeit, Miteinander und Gastfreundschaft. Vor allem im ländlichen Raum ist die traditionelle Dorfwirtschaft häufig auch die Seele des Ortes. Sie ist das Stammlokal der örtlichen Vereine und dient als Begegnungsstätte für alle Dorfbewohner.

Unsere Dorfwirtschaften sind ein Stück bayerischer Lebenskultur und gehören einfach zum Bild Bayerns dazu. Dass immer mehr davon verschwinden bereitet den FREIEN WÄHLERN daher große Sorgen. Zwei voneinander unabhängige Studien im Auftrag des Bayerischen Wirtschaftsministeriums und der DEHOGA bzw. dem Verein zum Erhalt der Bayerischen Wirtshauskultur kommen beide zu dem Ergebnis, dass von einem Wirtshaussterben gesprochen werden kann. Demnach hat jede dritte Gemeinde in Bayern keine Schankwirtschaft mehr, vor allem in kleineren Gemeinden im ländlichen Raum stehen viele Dorfwirtschaften leer.

FREIE WÄHLER wollen Förderprogramm gegen Wirtshaussterben

Über die Probleme beim Ausbau des schnellen Internets, dem Erhalt wohnortnaher Schulen oder der Hausarztversorgung wird bereits seit längerem diskutiert, aber das Sterben der Dorfwirtschaften ist im Bewusstsein vieler Menschen noch nicht wirklich angekommen. Dies gilt ausdrücklich auch für die Politik. Die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion hat daher unter meiner Federführung einen Antrag im Landtag eingebracht, in dem die Staatsregierung aufgefordert wird, ein Konzept gegen das Wirtshaussterben zu entwickeln.

Damit nicht noch mehr Wirtshäuser dicht machen müssen, sind entsprechende Rahmenbedingungen nötig. Die Politik kann helfen gegenzusteuern, bevor es zu spät ist. So gab es zwischen 1981 und 1996 zum Beispiel ein Sonderprogramm zur Förderung von Dorfwirtschaften mit einer Förderhöhe von insgesamt 81 Mio. Euro auf Darlehensbasis. Ein derartiges neues Förderprogramm könnten sich die FREIEN WÄHLER gut als einen möglichen Ansatz vorstellen. Dringend notwendig sind aber auch eine bürokratische Entlastung der Betriebe sowie eine einheitliche Besteuerung von Speisen in der Gastronomie. Von herausragender Bedeutung sind insgesamt gesehen mehr Flexibilität von Seiten des Gesetzgebers, das Einräumen finanzpolitischer Handlungsspielräume und eine größere Unterstützung durch die Politik vor Ort. ■

ZITATE

FREIE WÄHLER IM LANDTAG

„MEHR REGIONALITÄT DARF NICHT NUR IM VERHÄLTNIS BAYERN-BUND GEFORDERT WERDEN, SONDERN VOR ALLEM AUCH INNERHALB BAYERNS: DIE ENTWICKLUNG BAYERNS IST ZU SEHR AUF MÜNCHEN KONZENTRIERT UND WIRD VON MÜNCHEN AUS ZU ZENTRAL GESTEUERT. DER WASSERKOPF STAATSREGIERUNG MUSS ZUGUNSTEN VON MEHR SELBSTBESTIMMUNG DER STÄDTE UND GEMEINDEN ZURÜCKGEFAHREN WERDEN.“

Hubert Aiwanger

„Guten Morgen, Herr Seehofer – zuletzt ist die Diskussion über verschiedene Strompreiszonen nun auch beim Ministerpräsidenten angekommen. Jetzt rächt sich für Bayern, dass die CSU sowohl in Berlin als auch in Bayern über Jahre hinweg konzeptlos durch die Energiewende gegeistert ist. Die CSU hat damit nicht nur die Menschen verunsichert, sondern nimmt auch Schaden am Wirtschaftsstandort Bayern in Kauf.“

Thorsten Glauber

stellvertretender Fraktionsvorsitzender und energiepolitischer Sprecher der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion

„Der Stoiber´sche Geist lebt im Kultusministerium weiter: Schule und Gymnasium werden nicht vom Schüler ausgedacht, sondern der junge Mensch wird nur auf seine ökonomische Tauglichkeit hin betrachtet.“

Günther Felbinger

MdL und bildungspolitischer Sprecher der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion

„Unser Ziel muss es sein, auch nach dem Atomausstieg so viel Strom wie möglich im Freistaat zu erzeugen. Das stärkt unseren Wirtschaftsstandort Bayern und die Unabhängigkeit für die Zukunft. Ein kraftvoller Ausbau der Erneuerbaren Energien in Bayern führt nicht nur zu mehr regionaler Wertschöpfung, sondern reduziert auch den Bedarf an neuen Höchstspannungsleitungen.“

Thorsten Glauber

stellvertretender Fraktionsvorsitzender und energiepolitischer Sprecher der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion

„Wir FREIE WÄHLER fordern schon seit Jahren die Abschaffung des unsäglichen Gesundheitsfonds. Zwar ist es zu begrüßen, dass auch die Bayerische Staatsregierung dies endlich erkannt hat. Ich frage mich jedoch, warum Bayern in den vergangenen Jahren diese Entwicklungen verschlafen und sich nicht innerhalb der Bundesregierung für eine Änderung eingesetzt hat.

Dr. Karl Vetter

stellvertretender Vorsitzender und gesundheitspolitischer Sprecher der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion

„Wir müssen die Leistungsbereitschaft und Leistungsfähigkeit der Menschen, der Unternehmen und der Regionen fördern und stärken. Darauf richten sich die Schwerpunkte unserer Haushaltspolitik aus.“

Bernhard Pohl

stellvertretender Fraktionsvorsitzender und haushalts- sowie finanzpolitischer Fraktionssprecher

„Der Fall Schottdorf nimmt immer ungeheuerlichere Ausmaße an und der Staat bleibt weiter tatenlos. Wir haben einen Ministerpräsidenten, der schon 1993 in seiner Funktion als Bundesgesundheitsminister vollumfänglich über unnötige Laboruntersuchungen und Abrechnungsbetrug in großem Stil unterrichtet war.“

Florian Streibl

Parlamentarischer Geschäftsführer und rechtspolitischer Sprecher der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion

„Der seinerzeit initiierte Verkauf der GBW-Sozialwohnungen durch den Freistaat Bayern war unnötig. Anders als von Minister Söder damals angegeben war er zudem nicht durch EU-Recht zwingend erforderlich. Der Verkauf diente einzig einem Zweck: Kasse für den Freistaat zu machen, um zumindest einen Bruchteil der Milliardenverluste der BayernLB auszugleichen.“

Prof. Dr. Michael Piazolo

Landtagsabgeordneter aus München und hochschulpolitischer Sprecher der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion

„Die Konzentration im Lebensmitteleinzelhandel hat ein Maß erreicht, das die Kräfte des Marktes immer mehr zuungunsten der bäuerlichen Landwirtschaft beeinflusst. Wir müssen hier gegensteuern!“

Dr. Leopold Herz

MdL und agrarpolitischer Sprecher der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion

„Der Zustand der A3 in Ostbayern ist mittlerweile eine Schande für das ganze Land. Diese Schlaglochpiste schadet der Wirtschaft und dem Ansehen der gesamten Region enorm. Die beiden CSU-Verkehrsminister Ramsauer und Dobrindt haben hier total versagt, weil sie ihre Arbeitszeit mit Kindereien wie den historischen Autokennzeichen und der Ausländermaut vergeudet haben.“

Hubert Aiwanger

Vorsitzender der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion

WAS SONST NOCH BEI DEN FREIEN WÄHLERN LOS WAR

PASSIERT & NOTIERT

Donnerstag, 2. Oktober
In einem Dringlichkeitsantrag fordern die FREIEN WÄHLER, die Staatsregierung auf, die Intensivierung der Kooperation von Kindergarten und Grundschule nicht in Frage zu stellen. Die Kooperation von Kindergarten und Grundschule soll intensiviert und auf ein solides und langfristiges Fundament gestellt werden. Um dies zu ermöglichen, soll die Staatsregierung bei Maßnahmen der Intensivierung der Kooperation von Kindergarten und Grundschule keine Kürzungen vornehmen und die Zielrichtung des Bildungsfinanzierungsgesetzes nicht in Frage stellen.

Die FREIEN WÄHLER setzen sich in einem Dringlichkeitsantrag für eine effektive Kontrolle in der Forensik ein, um die Würde psychisch Kranker zu wahren. Ziel ist eine Reform der gesetzlichen Regelungen über die Unterbringung und die Rechte psychisch Kranker unter besonderer Beachtung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes und diese in einem Gesetz über Schutz und Hilfen für psychisch kranke Menschen neu zu fassen.

Dienstag, 16. September
Sondersitzung des Bayerischen Landtags. Auf Antrag der FREIEN WÄHLER und der beiden anderen Oppositionsparteien wird in einer Sondersitzung des Landtags die unverzügliche Aufklärung und politische Aufarbeitung der Affäre Haderthauer gefordert. Festgestellt werden soll, „dass der Ministerpräsident durch sein Verhalten in der Affäre Haderthauer das politische Ansehen des Freistaats Bayern beschädigt hat“. Zum Beispiel hätte er bei einer gründlichen Prüfung bereits zum Zeitpunkt der Ernennung zur Staatsministerin erkennen müssen, dass es bei Frau Haderthauer im Falle einer Berufung zur Staatsministerin zu Interessenskollisionen ihres privaten wirtschaftlichen Engagements und ihres Ministeramts kommen wird.

Vorgeworfen wird Seehofer auch eine mögliche missbräuchliche Nutzung der Staatskanzlei durch Haderthauer zur Durchsetzung privater Interessen.

Die FREIEN WÄHLER beantragen zusammen mit den anderen Oppositionsfraktionen im Bayerischen Landtag eine Sondersitzung des Sozialausschusses. Hintergrund ist die dramatische Situation in den bayerischen Asylunterkünften. Die menschenunwürdigen Zustände in den Erstaufnahmeeinrichtungen in Bayern seien das Ergebnis langjähriger Versäumnisse und viel zu zögerlichen und unkoordinierten Handelns der Bayerischen Staatsregierung. Jetzt brauche man dringend eine Lösung für die betroffenen Menschen.

Donnerstag, 11. September
Pressekonferenz Bildungspolitik. Die FREIEN WÄHLER benennen die größten Baustellen. Als längst überfällig sehen die FREIEN WÄHLER vor allem eine Grundsatzentscheidung, wie es mit dem Gymnasium weitergeht. Zu den weiteren Großbaustellen zählen insbesondere der Erhalt wohnortnaher Schulen, der Ausbau der Ganztagsschule und die Weiterentwicklung des differenzierten Schulsystems.

Mittwoch, 27. August
Angesichts der Zuspitzung der Affäre um Staatskanzleiministerin Haderthauer fordern die FREIEN WÄHLER gemeinsam mit den übrigen Oppositionsfraktionen für den 16. September eine Sondersitzung des Bayerischen Landtags. Gleichzeitig drängen die drei Oppositionsfraktionen auf die Entlassung der Staatskanzleichefin aus dem Kabinett.

Montag, 14. Juli
Fraktion vor Ort. Wie der Tourismus im Skigebiet Sudelfeld weiter entwickelt werden kann und auf welche Weise davon vor allem mittelständische Familienunternehmen vor Ort profitieren – darüber machen sich die FREIEN WÄHLER vor Ort ein Bild. Die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion setzt sich mit Nachdruck für die Tourismusförderung in Bayern ein und kritisiert diesbezüglich die Staatsregierung. „Im Vergleich zu unseren europäischen Nachbarländern wurde in den vergangenen Jahrzehnten in diese für Bayern so wichtige Branche ‚Tourismus‘ zu wenig investiert“, so der Fraktionsvorsitzende Hubert Aiwanger. „Dies gilt besonders für die Skiregionen im südlichen Oberbayern, die wir dringend stärken müssen“, sagt Florian Streibl, Parlamentarischer Fraktionsgeschäftsführer und Betreuungsabgeordneter des Landkreises Miesbach. ■

WAS-WANN-WO

25. Oktober – 2. November 2014	**Informationsstand der Landtagsfraktion auf der Messe „Consumenta“, Nürnberg** (Mittelfranken)
8. November 2014	**Tag der offenen Tür im Bayerischen Landtag, München** (Oberbayern)
14. November 2014	**Parlamentarischer Abend „Ohne Energiespeicher keine Energiewende? – Potentiale und Herausforderungen“, Maximilianeum München** (Oberbayern)
26. November 2014	**Parlamentarischer Abend „Fehler im System?! Ist der bayerische Lehrlingsmangel hausgemacht?“, Maximilianeum München** (Oberbayern)
28. November 2014	**Parlamentarischer Abend „Pensionierungswelle bei der bayerischen Polizei“, Maximilianeum München** (Oberbayern)

Impressum
Dirk Oberjasper, Pressesprecher und Leiter der Pressestelle
Idee, Konzept und Redaktion: Dr. Werner Brecht, Referent für Öffentlichkeitsarbeit und Presse
Grafische Umsetzung: Follow Me
Bildnachweis: Abgeordnetenbüro Günther Felbinger, Bildarchiv Bayerischer Landtag, Dr. Werner Brecht, Michael Eder, Gabriele Fischer, Fotolia, Nicolai Hartung, Rolf Poss, Udo Eggensberger-Prestel, Marcel Prestel

V.i.S.d.P.: Thorsten Glauber MdL

FREIE WÄHLER
LANDTAGSFRAKTION

Für Sie im Landtag

Die offizielle Zeitung der **FREIE WÄHLER** LANDTAGSFRAKTION

WOLLEN SIE WEITERHIN KOSTENLOS ÜBER DIE ARBEIT DER **FREIE WÄHLER** LANDTAGSFRAKTION INFORMIERT WERDEN?

Einfach Formular ausfüllen und unterschreiben! Per Post an: **FREIE WÄHLER** FRAKTION im Bayerischen Landtag, Maximilianeum, Max-Planck-Str. 1, 81627 München oder per Fax: +49 (0) 89 / 41 26-16 43 bzw. online: www.fw-landtag.de/fraktionszeitung
(BITTE IN DRUCKBUCHSTABEN AUSFÜLLEN)

Vorname: _____ Name: _____

Straße, Nr.: _____ PLZ: _____

Wohnort: _____ E-Mail: _____

Ich möchte die Fraktionszeitung und weitere Informationen per ☐ Post ☐ E-Mail erhalten.

Ort, Datum, Unterschrift: _____ _____ _____

Durch das Absenden dieses Abschnitts willige ich in die Speicherung meiner Daten durch die **FREIE WÄHLER** LANDTAGSFRAKTION im Bayerischen Landtag ein. Ich bin damit einverstanden, dass meine E-Mail Adresse und meine persönlichen Daten von der **FREIE WÄHLER** LANDTAGSFRAKTION dazu verwendet werden, mich über deren politische Position und Serviceangebote zu informieren.